

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

31. Oktober 2012

An das vorsitzende Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses
der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Antrag

Groß Borstel 25: Autoarmes Wohnen ermöglichen!

In der Metropole Hamburg gibt es vermehrt den Wunsch, sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen auf einen eigenen PKW zu verzichten. Insbesondere bei der Generation der jungen Erwachsenen und jungen Familien ist eine Abkehr vom privaten PKW-Besitz und dessen abnehmende Bedeutung für das persönliche Image feststellbar. Stattdessen werden multimodale Mobilitätsstile – insbesondere unter Einbeziehung von Car-Sharing – favorisiert.

In Hamburg-Nord gibt es bereits zwei Siedlungen, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner schriftlich festgelegt haben, ohne eigenen PKW zu leben. Weitere Projekte sind in der Planung. Ein gut ausgebautes Angebot an öffentlichem Personennahverkehr, Car-Sharing-Konzepte und Fahrradleihsysteme ermöglichen heute schnell und unkompliziert in der Großstadt mobil zu sein. „Autoarmes Wohnen“ ist daher eine zeitgemäße, nachhaltige Wohnform, die immer mehr Interessenten findet und längst ihr Image des „zwanghaften Verzichtes“ abgelegt hat.

Im Stadtteil Groß Borstel sollen auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes Lokstedt rund 750 Neubauwohnungen entstehen. Die Zuwegung für dieses Neubaugebiet für rund 2.000 Menschen wird für den motorisierten Individualverkehr ausschließlich über die Straße Kellerblek erfolgen. Bei den Anwohnerinnen und Anwohnern der umliegenden Straßen gibt es erhebliche Sorge um zunehmenden Verkehr und daraus resultierende Lärmbelästigungen sowie Schadstoffemissionen.

Der Bebauungsplan sieht vor, dass auf der Höhe der neuen Grünanlage eine Zuwegung für Fußgänger und Radfahrer zum Brödermannsweg entstehen wird, die parallel zum dortigen Sportplatz verlaufen wird. Aus Sicht der Groß Borsteler soll diese Zuwegung auch sicherstellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Neubaugebietes mit ihrer zusätzlichen Kaufkraft die Infrastruktur des Stadtteils sichern oder verbessern. Groß Borstel hatte in den vergangenen Jahren sinkende Bevölkerungszahlen und damit Verschlechterungen der Infrastruktur zu verzeichnen.

Die zwischenzeitlich diskutierte Version einer Anbindung für PKW an den Brödermannsweg hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Sie wird von den Bürgerinnen und Bürgern in Groß Borstel nicht länger gefordert und sollte daher auch nicht weiter verfolgt werden.

Durch das Konzept des „Autoarmen Wohnens“ könnten wesentliche Forderungen aus dem Stadtteil hinsichtlich des geplanten Neubauvorhabens realisiert und somit die Akzeptanz des Bauvorhabens verbessert werden: Es würde sichergestellt, dass die Verkehrsströme tatsächlich Richtung Groß Borstel fließen. Gleichzeitig würde das Kraftverkehrsaufkommen minimiert. Auch die gewünschte Realisierung von günstigem bzw. sozialem Wohnungsbau ist durch verringerte Erschließungs- und Baukosten leichter sicherzustellen. Aufwändige Tiefgeschosse und flächenintensive Parkplätze wären dann nicht bzw. nur in geringem Umfang notwendig.

In dem neuen Baugebiet bzw. in Teilbereichen sollten daher moderne Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing und eine Fahrradleihstation vorgesehen werden. Auch Bewohnertickets in Kooperation mit den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben sowie besonders gut ausgestattete und bequem zu nutzende Fahrradstellplätze sollen dort möglich sein.

Nach der Stellplatzverordnung müssen Projekte für „Autoarmes Wohnen“ durch den öffentlichen Personennahverkehr gut erschlossen sein. Dies setzt nicht zwingend eine Schienenanbindung voraus. Die Innenstadt erreicht man von Groß Borstel aus in 22 Minuten mit Bus und Bahn. Einzig die Verkehrsanbindung Groß Borstels in den späten Abendstunden lässt hier zu wünschen übrig. Durch die Erweiterung der Bewohnerschaft um rund 25 Prozent ist aber davon auszugehen, dass auch der HVV sein Angebot an die veränderten Gegebenheiten anpasst. Erheblich mehr Einwohnerinnen und Einwohner werden auch dafür sorgen, dass Groß Borstel eine Taktverdichtung der Busverbindung erfahren wird.

Für das angestrebte Konzept „Autoarmen Wohnens“ und moderner Mobilitätsmöglichkeiten bietet sich vor allem das Gelände des Kleingartenvereins „Bahn Landwirtschaft“ an, da es sich noch in städtischer Hand befindet und die Finanzbehörde im Rahmen der Kaufverträge daher Einfluss auf die Gestaltung nehmen kann. Aber auch für die anderen schon im Privatbesitz befindlichen Gebiete soll das Gespräch mit den Eigentümer bzw. Projektentwickler gesucht werden.

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtentwicklungsausschuss beschließen:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss spricht sich dafür aus, die Variante des Baus einer Autobrücke aus dem Gebiet des Bebauungsplanentwurf Groß-Borstel 25 „Tarpenbek Greens“ zum Brödermannsweg nicht weiter zu verfolgen. Die Planungen sollen mit der Variante einer Brücke für FußgängerInnen und RadfahrerInnen fortgesetzt werden.
2. Das vorsitzende Mitglied setzt sich dafür ein, dass beim Bebauungsplanentwurf Groß-Borstel 25 „Tarpenbek Greens“ „Autoarmes Wohnen“ im Sinne der Globalrichtlinie und der Fachanweisung „Notwendige Stellplätze und notwendige Fahrradplätze“ mit verbindlichen Kfz-Verzicht der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner realisiert wird. Dabei setzt sich das vorsitzende Mitglied bei der zuständigen Finanzbehörde dafür ein, dass „Autoarmes Wohnen“ bereits im Rahmen der Veräußerung der Grundstücke des Gebietes des Kleingartenvereins „Bahn-Landwirtschaft“ vereinbart wird. Außerdem setzt sie sich dafür ein, dass der Bezirksamtsleiter diesbezüglich Gespräche mit dem privaten Grundeigentümer führt mit dem Ziel, für Teilbereiche „Autoarmes Wohnen“ in einem städtebaulichen Vertrag zu vereinbaren.
3. Das vorsitzende Mitglied setzt sich ferner dafür ein, dass moderne Mobilitätskonzepte angeboten werden. Dafür werden Anbieter wie StadtRAD Hamburg, Car-Sharing-Betreiber und auch die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation angeregt, hier aktiv zu werden. Im Rahmen des Bebauungsplanentwurfs und der Verkehrsplanung sollen für solche Konzepte benötigte Flächen freigehalten und planerisch gesichert werden.

Martin Bill
Michael Werner-Boelz
und GRÜNE Fraktion